

NÖ Armutsnetzwerk Pressemappe PK Mi 14.12.2022 um 10 Uhr

Wir sagen Euch an, die Teuerung „brennt“

Preissteigerungen, Rekordinflation: wer ist wie betroffen und welche Hebel gibt es für soziale Sicherheit in herausfordernden Zeiten

1. Die Teuerung brennt: Barbara Bühler, NÖ Armutsnetzwerk

Das NÖ Armutsnetzwerk bündelt das Wissen und die Erfahrung der Mitarbeiter*innen Ihrer 29 Mitgliedsorganisationen sowie von über 40 Einzelmitgliedern. Die Caritas der Diözese St. Pölten und die Schuldnerberatung Niederösterreich sind zwei unserer Mitglieder und heute durch Christoph Riedl sowie Michael Lackenberger vertreten. Unsere Mitglieder wissen anhand ihrer haupt- und/ oder ehrenamtlichen Tätigkeit, wie sich die Teuerungen bei den Energie- und Wohnkosten, aber auch bei Lebensmitteln auswirken. Ich möchte es gleich vorwegnehmen: die Teuerung „brennt“ und das trotz oder gerade wegen der derzeit oft kalten Temperaturen.

Das ist einerseits ein subjektives Gefühl, eine Sorge, eine Angst vor der nächsten Stromrechnung, aber ist auch eine Wahrnehmung, die sich in Daten und Fakten darstellen lässt. Zu den Daten beziehe ich mich auf eine Befragung der Statistik Austria „So geht`s uns heute“¹

- Mehr als 1/3 der Befragten gab im Mai/Juni 2022 an, in den vergangenen 12 Monaten Einkommensverluste erlitten zu haben
- 1/3 (31%) der Befragten ging davon aus, dass sich ihr Haushaltseinkommen in den kommenden 12 Monaten verringern wird
- Für 18% stellten die Wohnkosten im zweiten Quartal 2022 eine schwere finanzielle Belastung dar

Die Teuerungen in den Bereichen Wohnen und Energie sind brennend und führen dennoch bei vielen zu kalten Wohnungen. Diesbezüglich braucht es konkrete, unmittelbare Unterstützungsangebote, vor allem aber zeigen Zeiten der Krise und der hohen Unsicherheit wie wichtig es ist rechtliche Regelungen armutsfest zu gestalten.

2. Teuerungen führen in die Armutsfalle, Schuldnerberatung, Michael Lackenberger

In den ersten drei Quartalen 2022 wurden in Niederösterreich 970 Privatkonkurse eröffnet. Das entspricht einer Steigerung um 36,2 Prozent zum Vorjahr.²

Aber: vielen ist in Zeiten der Teuerungen selbst ein Privatkonkursverfahren nicht mehr möglich.

Voraussetzung dafür ist nämlich, mit dem Geld, das einem monatlich zur Verfügung steht, auszukommen und keine weiteren Schulden zu machen.

Fast alle unserer Klient*innen sind von Gehaltspfändungen betroffen und müssen mit dem Existenzminimum³ auskommen. Das Einkommen, das über dem pfändbaren Betrag liegt, geht an die Gläubiger. Bei den hohen Lebenskosten geht sich das immer öfter nicht mehr aus.

Laut Statistik Austria kletterte die Inflationsrate im Oktober auf 11%.⁴ So hoch war sie seit 70 Jahren nicht mehr - nicht einmal während der Ölkrise der Siebzigerjahre.⁵ Die damit einhergehende Teuerung betrifft alle Lebensbereiche. Die Kosten für Wohnen und Energie explodieren geradezu, aber auch die Preise für Lebensmittel steigen gefühlsmäßig fast täglich.

¹ Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: „So geht`s uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2022- Schwerpunkt Wohnen“

<https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Soziale-Krisenfolgen-BerichtW2-2022.pdf>

² Quelle: ASB Schuldenberatungen GmbH, https://www.schuldenberatung.at/fachpublikum/news/2022/10/PK_2022_3Q.php

³ Existenzminimum = jener Betrag, der trotz Pfändungen vom Arbeitgeber ausbezahlt werden muss; allgemeiner Grundbetrag liegt bei EUR 1.030,- im Monat

⁴ Quelle: Statistik Austria, <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/11/20221117VPIOktober2022.pdf>

⁵ Die höchste Inflation bisher war 1974 und betrug 9,66%

Quelle: <https://www.inflation.eu/de/inflationsraten/osterreich/historische-inflation/vpi-inflation-osterreich.aspx>

Wenig im Einkaufswagen! und danach noch weniger in der Geldbörse - besonders Familien und Alleinerziehenden machen diese Belastungen zu schaffen - und ein Ende ist nicht in Sicht. Manche unserer Klient*innen haben bereits am 20. eines Monats kein Geld mehr zur Verfügung und müssen sich immer öfter an Sozialeinrichtungen um Unterstützungsleistungen wenden.

Bei der staatlich anerkannten Schuldnerberatung in NÖ sind die Erstkontakte so hoch wie noch nie. Von Jänner bis Ende November haben sich in diesem Jahr bereits 2.402 Menschen erstmalig an die Schuldnerberatung gewendet. Vor Beginn der Corona-Pandemie waren es im gleichen Zeitraum durchschnittlich 1.800 Menschen, die zum ersten Mal den Kontakt zur Schuldnerberatung suchten.⁶

Die Wartezeiten auf ein Erstberatungsgespräch werden leider immer länger. Aber nicht nur die Erstkontakte steigen. Wir beobachten, dass sich immer öfters ehemalige Klient*innen an uns wenden, weil sie die im Privatkonkurs vereinbarten Raten nur mehr schwer oder gar nicht mehr zahlen können. Hier ist besonders rasches Handeln erforderlich, damit die Schuldenregelung nicht endgültig scheitert.

Um den Anstieg bei den Lebensmitteln zu veranschaulichen haben wir Ihnen zwei Einkäufe zusammengestellt. Darin befinden sich alltägliche Produkte um EUR 50,--, die eine vierköpfige Familie im Durchschnitt einkauft. Es sind lediglich lebensnotwendige Waren enthalten. Sie sehen, dass durch die Preissteigerungen innerhalb eines Jahres der Wareninhalt stark verringert ist. Hinsichtlich der Heizkosten haben wir in Form von Holzscheiten die Teuerung dargestellt. Wir haben dafür einen Durchschnitt der Preiserhöhungen von Strom, Öl, Gas, Pellets und Holz herangezogen – die durchschnittlichen Erhöhungen betragen hier 70,82% zum November des Vorjahres. Hinsichtlich der Lebensmittel bewegen sich die Preissteigerungen im Bereich von 32% bei Reis bis 163% bei Sonnenblumenöl.

Viele Menschen sprechen derzeit von einem Wohlstandsverlust, der durch die Teuerungen eintritt. Für unsere Klient*innen ist es aber kein Wohlstandsverlust, sondern es droht ein Existenzverlust. Auch wenn im nächsten Jahr durch die Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes das Existenzminimum angehoben wird und auch wenn es Anti-Teuerungspakete und zahlreiche sonstige Förderungen gibt - die Teuerungen sind für immer mehr Menschen ein unlösbares Problem. Menschen, ja ganze Familien werden in die Armut getrieben.

Ein Teil der Lösung könnte sein, dass Einmalzahlungen nicht wie bisher breit gestreut, sondern strukturiert und gezielt an Menschen ausbezahlt werden, die darauf angewiesen sind. Das hätte auch einen weiteren positiven Effekt, nämlich dass Menschen mit geringem Einkommen diese zusätzlichen Geldbeträge notwendigerweise sofort für Dinge des täglichen Lebens ausgeben und so auch die Wirtschaft stärken.

Auch die Anhebung des Existenzminimums – also des Betrags der trotz Pfändungen vom Arbeitgeber ausbezahlt werden muss - auf einen Betrag, der ein Auskommen mit dem Einkommen ermöglicht muss vorangetrieben werden.

Eines ist sicher: die Lösungen um die Teuerungswelle und die damit einhergehende Armutsgefährdung zu stoppen müssen rasch gefunden werden. Was sonst unserer Gesellschaft droht möchte ich mir nicht ausmalen - und da sind überlaufene Beratungsstellen und lange Wartezeiten auf Beratungsgespräche noch das geringste Problem.

Kontakt

Michael Lackenberger, Geschäftsführer
3100 St. Pölten, Schulring 21 / top 201
0664/88 61 99 00
m.lackenberger@sbnoe.at

⁶ Jan – Nov 2022: 2.402 (1.377 Männer und 1.025 Frauen); Quelle: Schuldnerberatung NÖ gGmbH

Preissteigerungen von Lebensmitteln – Vergleich September 2021 / 2022⁷

Butter +77%	Sonnenblumenöl + 163%	Mehl + 100%
Nudeln +64%	Tomaten +49%	Gurke + 10%
Eier + 40%	Reis + 34%	Brot + 24%
Haarshampoo +92%	Zahnpasta +60%	Kloppapier + 32%
Kartoffeln +26%	Milch + 21%	Essig + 23%
Zucker + 22%	Vollwaschmittel +8%	Seife + 24%
Taschentücher + 21%		

Die Prozentangaben wurden in dieser Aufstellung kaufmännisch auf- bzw. abgerundet, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten.

Energieträger – Preisvergleich November 2021 / 2022⁸ (Angaben in Cent pro kWh)

Strom	22,95 / 25,54 => + 11,29%
Gas	8,04 / 12,75 => + 58,58%
Heizöl	8,93 / 14,65 => + 64,05%
Pellets	5,08 / 12,36 => + 143,30%
Festholz (Scheitgut)	4,07 / 7,20 => + 76,90%

3. Mehrkosten: Mehr Hilfe! Caritas Diözese St. Pölten, Generalsekretär Christoph Riedl

Ob auf der Strom- und Heizkostenrechnung und beim täglichen Lebensmitteleinkauf – die explodierenden Preise und die Rekordinflation haben spürbare Folgen. Besonders gravierend sind diese Auswirkungen für Menschen, die schon bisher nur knapp über die Runden gekommen sind. Die Preislawine trifft sie mit voller Wucht. Täglich und bei jeder Rechnung, bei jedem Einkauf, bei jeder Gebühr – auch in Niederösterreich.

Schon die vergangenen beiden Corona-Jahre bedeuteten für viele Menschen eine existenzielle Zerreißprobe. Das zeigt zum Beispiel eine Erhebung der Statistik Austria Ende 2021. 2 Mio. Österreicher*innen waren laut der Studie im zweiten Pandemiejahr coronabedingt mit Einkommenseinbußen konfrontiert. Über ein Viertel (27,5%, 1,7 Mio Menschen) der Bevölkerung konnte sich bereits Ende 2021 keine unerwarteten Ausgaben über 1.300 Euro leisten.

(<https://oesterreich.orf.at/stories/3169520>)

Seit mehr als 100 Jahren handelt die Caritas nach dem Auftrag: Not sehen und handeln. Die Herausforderungen für uns als Hilfsorganisation waren in diesen Jahrzehnten immer wieder unterschiedlich. Was jedoch immer gleich war: Die Caritas ist für alle Menschen da, die in Not sind und Hilfe brauchen. Leider steigt diese Zahl im Moment wieder deutlich an. Wir bemerken dies in unseren Sozialberatungsstellen, unseren Sozialmärkten oder unseren Caritas, wo armutsbetroffene Menschen mit Gutscheinen gebrauchte Kleidung kostenlos erhalten.

Die Energiekosten befinden sich auf einem Rekordniveau – Jahresabrechnungen und stark gestiegene Vorauszahlungen belasten die Haushaltsbudgets massiv. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass unsere Caritas Sozialberatungsstellen in der Diözese St. Pölten täglich neue Anfragen verzeichnen. Die Anzahl der Klient*innen hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf mehr als 4.200 verdoppelt.

⁷ AK Preismonitoring Wien – September 2022,

https://wien.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/einkaufundrecht/Micro_Warenkorb_Wien-September_2022.pdf

⁸ Energieträgervergleich Österreichischer Biomasse-Verband
<https://www.biomasseverband.at/energietraegervergleich/>

Die meisten Anfragen beziehen sich auf horrende Nachzahlungen für Strom und Gas, Mietrückstände und die hohen und immer höher werdenden Kosten für Lebensmittel, die das ohnehin geringe Budget bei Weitem überschreiten. Viele Menschen haben Existenzängste. Trotz Einsparmaßnahmen reicht das Einkommen nicht mehr aus. Und davon sind nicht nur jene betroffen, die bereits bisher zur Gruppe der Armutsbetroffenen Menschen in Niederösterreich gezählt haben. Wir bemerken auch, dass immer mehr Menschen aus dem sogenannten „Mittelstand“ unsere Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen.

Mit großer Sorge blicken wir als Caritas auf den bevorstehenden Winter, der für viele Menschen eine existentielle Bedrohung und damit auch eine psychische Belastung werden kann. Besonders das Thema Energie wird wegen der dramatisch gestiegenen Teilbeträge eine Herausforderung bleiben. Expert*innen rechnen mit möglichen weiteren Kostensteigerungen für Gas und Strom im Zeitraum von Dezember 2022 bis Mai 2023.

Dass auch Wirtschaftsunternehmen einen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten zeigen die jüngsten Spenden der Energieversorger EVN und Verbund an die Caritas. Die Gelder dienen dazu Menschen zu helfen, die aufgrund von den gestiegenen Energiepreisen in eine finanziell schwierige Notlage geraten sind. Aus diesen Mitteln gibt es Unterstützung für Energieberatung, Gerätetausch oder die Energierechnung selbst. Die Abwicklung erfolgt über unsere Sozialberatungsstellen etwa in St. Pölten, Amstetten und Krems.

Daher ist meine Botschaft an alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern ganz klar: Wenn Sie eine schwierige finanzielle Lage gekommen sind – kommen Sie zu einer der Caritas Sozialberatungsstellen. Hier erhalten Sie Beratung, welche Schritte Sie unternehmen können, um aus dieser schwierigen Situation zu kommen und – wenn erforderlich – helfen wir mit der Übernahme von Energie- und Mietkosten, Lebensmittel- oder Bekleidungs Gutscheinen.

Hilfe anzunehmen ist kein Zeichen von Schwäche, sondern wichtig und notwendig, um nicht in eine immer schneller drehende Spirale der Armut und Existenzgefährdung zu kommen.

Wir können jetzt verhindern, dass aus der Teuerungswelle eine Armutswelle wird. Wir müssen dem Mehr an Kosten mit einem Mehr an Hilfe, sozialer Wärme und Leistung entgegenreten.

Für uns als Caritas ist klar: Wo es massive Mehrkosten gibt, wo die Gefahr der Armut steigt, braucht es auch mehr Hilfe! Wir sehen das als Auftrag für uns als Caritas, fordern aber auch die politisch Verantwortlichen dazu auf, das soziale Netz in Österreich armutsfest zu gestalten. Denn ein Ende der Krisenzeiten ist aktuell leider nicht in Sicht.

Kontakt

Christoph Riedl
Generalsekretär
3100 St. Pölten
[christophriedl@caritas-
stpoelten.at](mailto:christophriedl@caritas-stpoelten.at)
www.caritas-stpoelten.at
0676/ 838447700

Caritas
Diözese St. Pölten

4. Die Teuerung „brennt“ – vier „Hebel“ für soziale Sicherheit in herausfordernden Zeiten:

Die Teuerungen in den Bereichen Wohnen und Energie sind brennend und führen dennoch bei vielen zu kalten Wohnungen. Diesbezüglich braucht es konkrete, unmittelbare Unterstützungsangebote, vor allem aber zeigen Zeiten der Krisen und der hohen Unsicherheit wie wichtig armutsfeste rechtliche Regelungen sind. Um die aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen braucht es, zusätzlich zum blaugelben Strompreisrabatt, unterschiedliche „Hebel“ und gemeinsame Anstrengungen mehrere Akteur*innen. Als NÖ Armutsnetzwerk sehen wir dabei (unter anderem) folgende Ansatzpunkte:

Abschaltstopp für die Heizperiode 2022/2023:

Niemand sollte in diesem Winter frieren oder im Dunkeln sitzen müssen. Darum sollten in der Heizperiode 2022/2023 keine Abschaltungen von Energieanbietern (Strom, Gas, Fernwärme,...) in Niederösterreich vorgenommen werden.

Reform der Wohnbeihilfe:

Die Wohnbeihilfe bzw. der Wohnzuschuss sind ein wichtiges Instrument um leistbaren Wohnraum sicher zu stellen. Allerdings gelingt es mit den derzeitigen Strukturen der Wohnbeihilfe nicht alle Menschen in Niederösterreich zu erreichen, die Entlastung im Hinblick auf die Wohnkosten benötigen.

Einen wichtigen Hebel für eine Reform sehen wir in der Orientierung am Bedarf als zentrales Kriterium. Derzeit ist das bewohnte Objekt neben der Einkommenssituation das zentrale Kriterium dafür ob eine Person Wohnbeihilfe/ Wohnzuschuss erhält. Alternativ orientiert sich die Wohnbeihilfe Vorarlberg⁹ an der Einkommenssituation der Person ohne dabei von vorneherein auf bestimmte Wohnobjekte abzielen (wie dies derzeit in Niederösterreich der Fall ist). Mit anderen Worten, es braucht also eine Ausweitung des Bezieher*innenkreises. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Ausgangspunkt für alle anderen Belange des Lebens (Arbeit, Bildung, Pflege sozialer Beziehungen,...). Eine Reform der Wohnbeihilfe bietet daher die Chance die soziale Sicherheit der Menschen zu erhöhen und die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe zu sichern.

Reform der Sozialhilfe:

Um die faktischen Wohnkosten zumindest potentiell abzudecken, wäre es notwendig den Wohnanteil der Sozialhilfe an den ortsüblichen Wohnkosten zu orientieren. Dies ist im bestehenden Modell nicht der Fall. Die durchschnittliche Bruttomiete (inkl. Betriebskosten) pro Wohnung in Euro in Niederösterreich betrug im 2. Quartal 2022 574 Euro (2021 waren es noch 553 Euro)¹⁰

Der Wohnkostenanteil der Sozialhilfe beträgt dem gegenüber 2022 nur 391,18 Euro¹¹ für eine alleinstehende Person die entsprechende Wohnkosten nachweisen kann. Hier klafft eine Lücke, die es gilt zu schließen.

Wird Menschen die auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind Wohnbeihilfe/ Wohnzuschuss gewährt, wird diese derzeit vom Wohnanteil der Sozialhilfe abgezogen und kommt damit faktisch nicht bei der bedürftigen Person an. Um Menschen in einer Notlage tatsächlich zu entlasten muss es möglich sein, dass die Wohnbeihilfe/ der Wohnzuschuss auch Sozialhilfebezieher*innen gewährt wird, zumal diese ja besonders auf Unterstützung angewiesen sind.

Recht/e haben - Verankerung sozialer Rechte

Anlässlich des internationalen Tag der Menschenrechte letzten Samstag, haben die Kollegen der bundesweit tätigen Armutskonferenz gemeinsam mit Amnesty international daran erinnert, dass Österreich Handlungsbedarf hinsichtlich der Verankerung sozialer Rechte hat. Die Armutskonferenz hat diesbezüglich einen Entwurf für ein Bundesverfassungsgesetz soziale Sicherheit erarbeitet.¹²

⁹ https://vorarlberg.at/documents/302033/472813/Brosch%C3%BCre+Wohnbeihilfe+07_2022++2023.pdf/61ba9207-53c1-5675-a54e-4d4bf194e7a2?t=1656599493519

¹⁰ Sozialstatistisches Handbuch AK Niederösterreich Kapitel 3.3.3. Wohnungsaufwand 2011- 2021 (Mikrozensus) S. 122

¹¹ https://www.noe.gv.at/noe/Sozialhilfe/Richtsaeetze_Sozialhilfe.html

¹² https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_verfassungsgesetz_soziale_sicherheit_entwurf.pdf

Artikel zwei dieses Entwurfs für ein Bundesverfassungsgesetz soziale Sicherheit besagt „Jeder Menschen hat das Recht auf Mindestversorgung, die ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere materielle Sicherheit, soziale und gesellschaftspolitische Teilhabe, gewährleistet“. In der akuten Not braucht es jetzt schnelle, konkrete, unmittelbare Unterstützungsangebote.

Darüber hinaus zeigen Zeiten der Krisen wo Handlungsbedarf¹³ besteht. Gesetzliche Regelungen die bereits davor keine soziale Sicherheit geboten haben, sind wie Sollbruchstellen und führen in Zeiten der Krise zu Brüchen. Darum braucht es rechtliche Regelungen die soziale Sicherheit geben, beispielsweise eine armutsfeste Sozialhilfe, eine Wohnbeihilfe die den Menschen die Sicherheit gibt sich Wohnraum auch in Zukunft leisten zu können und die Verankerung sozialer Rechte, nicht nur, aber auch in Zeiten der Teuerung.

Kontakt:

Mag.^a (FH) Barbara Bühler, Bakk.^a phil
Koordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk
0650/ 37 577 81
armut_in_noe@gmx.at



Pressemappe und Fotos finden Sie voraussichtlich am Tag der PK am Nachmittag auf unserer Homepage:
www.noe-armutsnetzwerk.at

Das NÖ Armutsnetzwerk ist ein unabhängiges, überparteiliches und überkonfessionelles Netzwerk aus 29 Organisationen und 44 Personen und als regionales Netzwerk Teil der österreichischen Armutskonferenz.

Ziel des NÖ Armutsnetzwerks ist es, Probleme von Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

Die Mitgliedsorganisationen des NÖ Armutsnetzwerks (Stand November 2022):

AK Niederösterreich, arbeitplus – Soziale Unternehmen in NÖ, Arge SÖB Niederösterreich, Auge Arbeitsgemeinschaft unabhängige und grüne Gewerkschaften, Beratungsstelle FAIR Volkshilfe Wien, bewok- Beratung gegen Wohnungsverlust, Büro für Diversität der Stadt St. Pölten
Caritas Erzdiözese Wien, Caritas Diözese St. Pölten, Diakonie Flüchtlingsdienst, Emmausgemeinschaft St. Pölten, Frauenplattform Krems, HSSG- Hilfe zur Selbsthilfe seelische Gesundheit, Katholische Aktion der Diözese St. Pölten, katholisches Bildungswerk kbw, NÖ Landesverein für Erwachsenenschutz – Erwachsenenvertretung, Bewohnerververtretung, Tender Verein für Jugendarbeit, Psychosoziales Zentrum Schiltern GesmbH, PSZ gGmbH, Rotes Kreuz NÖ, SAM NÖ GmbH, Schuldnerberatung NÖ gGmbH, Verein Frauenzentrum St. Pölten, Verein Soziale Initiative Gmünd, Verein Wohnen Verein, Wohnen und Arbeit, Vertretungsnetz, Volkshilfe NÖ, zb zentrum für beratung, training und entwicklung.

¹³ Als NÖ Armutsnetzwerk haben wir bereits im Juli 2022 Ideen für soziale Sicherheit in unsicheren Zeiten eingebracht. Siehe letzte Seite, Pressemappe Juli 2022
https://www.noe-armutsnetzwerk.at/fileadmin/user_upload/pdf/NO_ArmutsnetzwerkPKTeuerung14_7_2022_Pressemappe_final.pdf